



AFRIKA/ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK - Erzbischof und Imam von Bangui: "Nach dem Zusammenbruch des Staates ist das Eingreifen der Vereinten Nationen notwendig"

Bangui (Fides) – Am heutigen 23. Januar wird in der Zentralafrikanischen Republik die neue Staatspräsidentin Catherine Samba-Panza ihren Amtseid ablegen. Sie übernimmt die Leitung eines Landes, das von den Ausschreitungen zwischen den ehemaligen Rebellen und den so genannten Anti-balaka-Milizen verwüstet wurde. Was oft als Konflikt zwischen Christen und Muslimen dargestellt wurde, ist in Wirklichkeit der Zusammenbruch der staatlichen Institutionen, so der Erzbischof von Bangui, Dieudonné Nzapalainga und der Imam der zentralafrikanischen Hauptstadt Oumar Kobine Layama, die sich derzeit in Paris aufhalten.

Die beiden Religionsvertreter besuchen gemeinsam die europäischen Hauptstädte, wo sie um Hilfe und Unterstützung für ihr Land bitten. Beide versuchten in der jüngsten Vergangenheit auch im eigenen Land bei gemeinsamen Besuchen bei Vertriebenen, die in Kirchen und Moscheen Schutz gesucht hatten, die Gemüter zu beruhigen. Die Lage in Bangui sei inzwischen zwar relativ unter Kontrolle, so Erzbischof und Imam, aber der Rest des Landes sei weiterhin der Willkür der Seleka und der Anti-balaka-Milizen ausgesetzt.

Erzbischof Nzapalainga gratulierte Samba-Panza (die Imam Kobine Layama als "eiserne Lady" bezeichnete) zur Wahl in das Präsidentenamt, betonte aber auch, dass sich das neue Staatsoberhaupt mit einer äußerst schwierigen Aufgabe konfrontiert sehe, da die staatliche Verwaltung völlig zusammengebrochen sei. "Von 36 Ministerien funktionieren nur zwei, das Verteidigungsministerium und die territoriale Verwaltung", so der Erzbischof gegenüber AFP. "Der Staat ist gescheitert. Die Verwaltung muss, was Personen und Mittel anbelangt, wieder aufgebaut werden, damit er sich im Territorium wieder entfalten und das Land zu einem Staat machen kann".

Die beiden Religionsführer fordern, dass die derzeit im Land stationierte afrikanische Mission (MISCA) in eine größere Einheit unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen integriert wird, damit die Sicherheit im ganzen Land garantiert werden kann. Derzeit sind in der Zentralafrikanischen Republik rund 6.000 französische Soldaten und Soldaten der MISCA stationiert. Dies reiche nicht aus, um ein Land zu kontrollieren, das so groß ist wie Frankreich und Luxemburg zusammen, so Erzbischof Nzapalainga. "Mit der Stationierung von Einheiten der Vereinten Nationen stationiert werden, bleibt Zentralafrika nicht länger eine afrikanische oder europäische Angelegenheit, sondern es wird zu einem weltweiten Anliegen", so der Erzbischof. (L.M.) (Fides 23/1/2014)